



**BERLINER
EINBLICKE #78**
FÜR KÖLN, FÜR SIE.

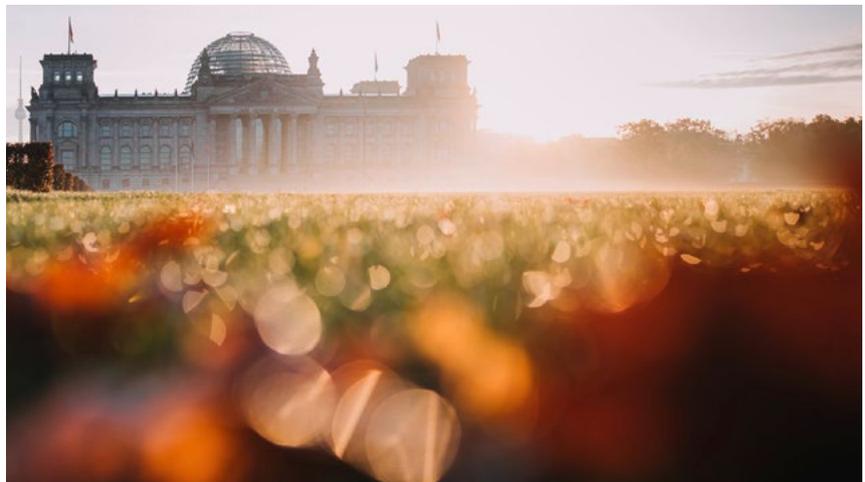
Ihr Bundestagsabgeordneter für den Kölner Süden und Westen informiert

Ende Oktober 2019

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freunde!

Es war ein regelrechter Paukenschlag: Nach dem völkerrechtswidrigen Einmarsch der Türkei in Nord-Syrien fordert unsere Parteivorsitzende Annegret Kramp Karrenbauer als Verteidigungsministerin eine Sicherheitszone für die umkämpften Gebiete. Sehr richtig sagt AKK: „Was derzeit in Nord-Syrien geschieht, darf und kann uns in Deutschland nicht egal sein - weder aus humanitären noch aus sicherheitspolitischen Gründen. Deutschland darf nicht nur von Verantwortung reden; Deutschland muss auch bereit sein, Verantwortung zu übernehmen. Deshalb kann es nicht sein, dass wir am Spielfeldrand stehen und kluge Ratschläge geben. Wir müssen aus eigenen Interessen Verantwortung übernehmen. Das Leid der Menschen in Nord-Syrien, das drohende Erstarken der Terroristen des sogenannten „Islamischen Staates“ und die Destabilisierung einer gesamten Region, direkt vor der Haustür Europas, erfordern unser Handeln.“

Gemeinsam mit unseren europäischen Verbündeten gilt es nun, nach den Übereinkünften der Türkei mit Russland und den USA auch als Europäer klar und deutlich unsere Interessen zu artikulieren und dafür auch einzustehen. Dem pflichten auch die Außenpolitiker der CDU-/CSU-Bundestagsfraktion wie Norbert Röttgen und Jürgen Hardt bei. Die Reaktionen der Sozialdemokraten offenbaren derweil doch ein etwas merkwürdiges Verständnis von deutscher bzw. europäischer Außenpolitik. Inhaltliche Kritik an dem Vorschlag von AKK können die Genossen nicht formulieren, aber eine etwas pikierte Trotzreaktion ist doch zu beobachten. AKK scheint dort einen wunden Punkt getroffen zu haben: Die Ideenlosigkeit und die fehlenden



Der Herbst hat Berlin fest im Griff - im Deutschen Bundestag geht es derweil nicht so idyllisch zu wie es dieses Bild vermuten lässt.

Ambitionen unseres Koalitionspartners im Hinblick auf unsere Außenpolitik wurde diesen schmerzhaft vorgeführt. Aber genug vom koalitionsinternen Kleinklein. Wir sollten uns nun schleunigst auf das Wesentliche besinnen und über den Sachvorschlag der Ministerin sprechen. Die christlichen Minderheiten, Kurden, Jesiden und auch alle friedliebenden Türken wie Syrer würden es uns danken.

Ihr *Heribert Hirte*

Das Thema

Gegen das Verrohen unserer Gesellschaft

Das Attentat an Walter Lübcke und der versuchte Anschlag auf die Synagoge in Halle mit den zwei wahllos getöteten Opfern lassen keinen Zweifel zu: In unserem Land gibt es ein Problem mit gewalttätigem Rechtsextremismus und mit ausuferndem Antisemitismus. Fraglos gilt es zunächst die Sicherheitsbehörden und unsere Innenpolitiker zu unterstützen, mit klugen und bestimmten Maßnahmen der Situation zu begegnen, um den Rechtsstaat zu schützen. Für die Politik bedeutet das, sich mit der Fragen zu beschäftigen, „warum“ sich solch hasserfüllter Furor Bahn brechen kann. Was steht vor Verbrechen wie denen des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU), der über ein Jahrzehnt auf türkisch-stämmige Mitbürger förmlich „Jagd“ und auch nicht vor einem Polizistenmord Halt machte. Solche Taten fallen oft in ein Klima der Intoleranz und der hasserfüllten Sprache, die radikalen Meinungen unverhohlen und öffentlich Platz verschaffen. Unser öffentlicher Diskurs verrotzt immer mehr. Dies geschieht im Netz, wo beispielsweise Facebook jede weibliche Brustwarze binnen Sekunden löschen kann, die Leugnung des Holocausts aber oftmals endlos online steht. Doch es wäre ein Trugschluss zu behaupten, die Sozialen Netzwerke allein wären schuld an diesen Zuständen. Online offenbart sich das Gedankengut allerdings noch offensichtlicher und konzentrierter, das extreme Gruppen in unserer Gesellschaft ohnehin in sich tragen. Zudem neigen Soziale Netzwerke schneller dazu, extreme Positionen prominent zu platzieren. Das folgt allein schon aus der Verwertungslogik der Plattformen. Soziale Netzwerke sind mit dieser Differenzierung oft überfordert, wie in der Anhörung des Facebook-Gründers Mark Zuckerberg

im amerikanischen Kongress am vergangenen Mittwoch allzu deutlich wurde.

Doch blicken wir zu uns, nach Zwickau. Dort wurde ein Gedenkbaum umgeholt, der an das erste Mordopfer des NSU erinnerte, den Familienvater Enver Simsek. Die Aktion geschah feige während der Nacht. Auch als engagierte Jugendliche am nächsten Tag eine „Bank der Erinnerung“ neben den Baumresten aufbauten, wurde diese wieder zerstört. Es ist nun an der Gesellschaft, sich gegen Versuche der Verherrlichung solcher rassistischer Verbrechen zu verteidigen und das Andenken an einen Unschuldigen zu schützen.

Es ist eine schier endlose Aufgabe, die verschiedenen Gründe für Antisemitismus von links, von rechts oder mit islamistischem Hintergrund in einer Debatte zu diskutieren, geschweige denn zu erklären. Unzweifelhaft ist aber ein allgemeines Klima der Intoleranz andersdenkenden Menschen gegenüber zu beobachten. Schauen wir auf die vergangenen zwei Wochen: Linke Antifa-Aktivisten verhinderten dort durch Blockade eines Seminarraumes zweimal die Vorlesung von Bernd Lucke. Wenn Sie nun meinen: „Bei einem Mitbegründer der AfD und einstmaligen Parteivorsitzenden gibt es hierfür eine Rechtfertigung“, was sagen Sie, wenn auch Thomas de Maizière in Göttingen von einer Lesung durch Protestler fern gehalten wurde, wie ebenfalls letzte

Woche geschehen und bei der es vor allem um Wege der Gesetzgebung ging?! Und wo bleibt die Freiheit der Lehre, insbesondere an Universitäten, wo doch die Debatte im Vordergrund stehen sollte? Wir lesen diese Woche



Der Gedenkbaum für das erste Opfer des NSU, Enver Simsek, wurde von Unbekannten über Nacht gefällt.

auch von zahlreichen Angriffen auf die Büros von Politikern, darunter CDU-MdB Jan-Marco Luczak in Berlin oder das Büro des FDP-Abgeordneten Thomas Kemmerich in Thüringen. Mike Mohring, Spitzenkandidat der CDU in Thüringen, erhielt mehrfach Morddrohungen, seine Kontrahenten und anderen Politikern wird ebenfalls der Tod gewünscht. Mehr Beispiele sprengen diesen Artikel. Schon vielfach haben sich Politiker und Personen des öffentlichen Lebens für mehr Meinungsfreiheit ausgesprochen, das gesellschaftliche Klima scheint jedoch immer rauer zu werden. Wir sollten uns daher alle Fragen, wo wir uns in unserem unmittelbaren Alltag für eine friedliche, respektvolle Debatte einsetzen können. Vielleicht mit einer Prise englischer Gelassenheit gemäß dem Motto „Let’s agree to disagree“.

Nach dem Attentat von Halle missbilligte der Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages (Re-)

Tweets seines Vorsitzenden Stephan Brandner (AfD). In seinen kurzen Posts wurden die Geschehnisse von Halle zumindest verhöhnt; zudem bedienten sie antisemitische Stereotype. Deutliche Zeichen der Abgrenzung, wie die durch Heribert Hirte und seiner Kolleginnen und Kollegen im Rechtsausschuss, sind wichtig, um klare Linien zu ziehen, welche Art der Auseinandersetzung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung entspricht und wo Hate Speech (Hassbotschaften) oder Antisemitismus beginnen.

Im Talmud, einem der bedeutendsten Schriftstücke des Judentums, steht: „Achte auf Deine Ge-

danken, denn sie werden Worte. Achte auf Deine Worte, denn sie werden Handlungen. Achte auf Deine Handlungen, denn sie werden Gewohnheiten. Achte auf Deine Gewohnheiten, denn sie werden Dein Charakter. [...]“. Dieser Handlungsempfehlung wollen wir folgen: Selbstverständlich wird der Deutsche Bundestag Gesetze erlassen, die die Sicherheit unserer Bürger verbessern und schützen. Im Hinblick auf das Netz ist die Verschärfung des Gesetzes zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken (Netzwerkdurchsetzungsgesetz - NetzDG) ein Beispiel hierfür. Der Rechtsstaat muss durchgreifen. Wenn Mei-

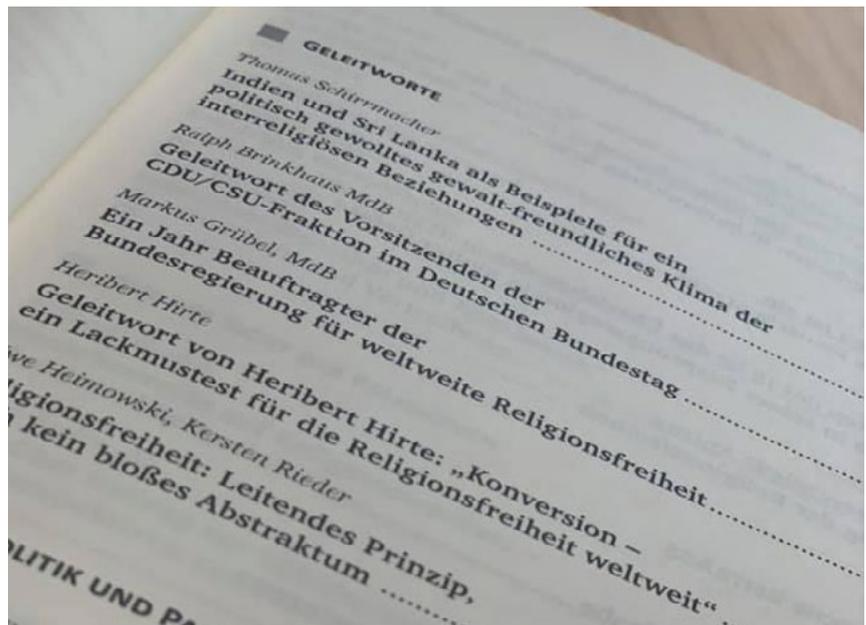
nungsfreiheit eingeschränkt, wenn Menschen bedroht oder Eigentum mutwillig zerstört wird, dann ist das kein ziviler Ungehorsam, sondern eine Straftat. Aber die Politik alleine wird das Verrohen der Gesellschaft nicht stoppen können. Anstand, Mitmenschlichkeit, Respekt und Toleranz können nicht gesetzlich vorgeschrieben werden – solche Werte lebt man vor und muss im Zweifel dafür einstehen – jeder persönlich, jeden Tag. Das mag nicht gemütlich erscheinen, aber jede/r von uns trägt seinen Teil wider eine verrohte Gesellschaft bei - egal ob on- oder offline.

Augenblick 

Foto der Woche

Alljährlich veröffentlicht die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), die Deutsche Evangelische Allianz (DEA) und das International Institute for Religious Freedom (IIRF) die Jahrbücher „Religionsfreiheit“ und „Verfolgung und Diskriminierung von Christen“. Heribert Hirte verfasste für die Ausgaben 2019 ein Geleitwort wie auch seine Rede anlässlich des Gedenktages an den Völkermord an den Aramäern 1915. „Seyfo“, veröffentlicht wurde.

Die Jahrbücher können Sie [HIER](#) herunterladen.



Kurz informiert

Stephanuskreis

„Eritrea – das vergessene Land am Roten Meer“ – so lautete der Titel des Stephanuskreises in der letzten Sitzungswoche. Und die Berichte von Mussie Zerai zeugten auf dramatische Weise, dass wir dies ändern müssen. Eritrea gilt als eines der repressivsten Länder dieser Welt. Zahllose Menschen fliehen vor dem autoritären Regime von Isaias Afwerki, der seit der Unabhängigkeit Eritreas 1993 regiert. Aktuell belegt Eritrea für Deutschland Platz 9 unter den zugangsstärksten Herkunftsländern von Flüchtlingen. Und das obwohl



Eindrücklich berichtete Pater Mussie Zerai von den Menschenrechtsverletzungen in Eritrea.

in dem kleinen Land nur etwa fünf Millionen Menschen leben.

Zerai selbst musste vor vielen Jahren nach Italien fliehen. Er berichtete von dem Militärdienst in Eritrea, der formal drei Jahre dauert, in der Realität aber willkürlich verlängert wird und Menschen teilweise über 20 Jahre im Dienst gefangen hält. Und das oftmals ohne oder nur mit geringster Vergütung. So fehlt jungen Menschen jede Hoheit über ihr eigenes Leben, Studium, Beziehungen können nicht selbstbestimmt gelebt werden. Auch ist die Folter weiterhin Praxis des Regimes – die entsprechenden Bilder, die Zerai dem Stephanuskreis mitgebracht hatte, werden die Teilnehmer nicht vergessen.

Auch die christliche Minderheit leidet unter dem Regime, insbe-



Neben Mussie Zerai (Mitte) berichtete Zekarias Kebraeb (l.) vom langen Arm des kommunistischen Regimes Eritreas bis nach Deutschland.

sondere seitdem sich die katholischen Bischöfe offen gegen die Zustände in dem Land wandten. Mittlerweile sind beinahe alle christlichen Schulen oder Krankenhäuser enteignet worden, Angestellte, Lehrer und Ärzte entlassen, außer sie traten der Partei bei.

Der lange Arm des kommunistischen Regimes reicht bis nach Deutschland. Davon zeugte der Journalist Zekarias Kebraeb. Eritrea zwingt auch nach Europa Geflüchtete, im Zwangshandel gegen Pässe und andere offizielle Dokumente einen Teil ihrer Einkünfte, selbst wenn diese nur Hartz 4 beziehen, an die Konsulate und Botschaften zu überweisen. Den Betroffenen bleibt meistens keine Alternative; denn dort ausgestellte offizielle Dokumente sind für Asylverfahren, das Finden einer Wohnung oder eines Arbeitsplatzes zwingend erforderlich. Heribert Hirte, als Vorsitzender des Stephanuskreises, dankte den Gästen für ihren Mut: „Der Friedensvertrag zwischen Äthiopien und Eritrea war ein Hoffnungsschimmer. Wir müssen in der Entwicklungszusammenarbeit mehr darauf beharren, das auch Eritrea, z.B. für den Militärdienst, Menschenrechte akzeptiert und befolgt.“

Gegen den Einmarsch der Türkei in Nord-Syrien

Die Kölner Bundestagsabgeordneten haben sich gemeinsam gegen den Einmarsch in der Türkei gewandt. In einem gemeinsamen Aufruf sprachen sich die Abgeordneten von CDU, SPD, Bündnis90/Die Grünen, FDP und der Linken dafür

aus, die Militäraktionen in Syrien unverzüglich zu beenden. Heribert Hirte war gemeinsam mit Gisela Manderla am Samstag vor zwei Wochen auf der großen Demonstration in Köln präsent - um Haltung zu zeigen und sich für den friedlichen Verlauf des Tages einzusetzen. Die Anwesenheit von CDU Abgeordneten auf einer solchen Demonstration war für die dortige „Szene“ durchaus ungewohnt. Hirte und Manderla setzten dieses Zeichen aber bewusst, gegen das Agieren der Türkei in Syrien und für einen offenen Meinungs austausch in unserem Land und besonders ihrer Heimatstadt Köln.



Ein gemeinsames Zeichen gegen den türkischen Einmarsch in Nordsyrien: (v.l.) Heribert Hirte, Gisela Manderla, Matthias Birkwald und Berivan Aymaz.

Außerordentliche Fraktionssitzung in Leipzig

Zu einer außerordentlichen Sitzung traf sich die Unionsfraktion am 14. Oktober 2019 in Leipzig, um die vielen Menschen zu ehren, die mit ihrer Freiheitsliebe und ihrem Mut bei den Gebeten in Kirchen sowie mit ihren Montagsdemonstrationen im Herbst 1989 das

Ende der SED-Diktatur in der DDR eingeläutet haben. Die friedliche Revolution, die auch und gerade von Leipzig ausging, war ohne einen Tropfen Blut erfolgreich. Sie ist eine Gnade und ein Glück in der Geschichte Deutschlands. Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag sieht sich den mutigen Bürgern von 1989 verpflichtet. Die Union stand immer für die Deutsche Einheit ein, heute steht die innere Einheit im Fokus. Dazu gehört eine fortgesetzte und intensive Aufarbeitung des SED-Unrechts und eine Unterstützung der Opfer. Deshalb sprechen sich CDU/CSU für einen besseren Zugang zu den Archiven des Unrechts aus und wollen Licht ins Dunkel der Zwangsadoptionen

in der DDR bringen. Dies bekräftigt der [„Leipziger Aufruf“](#).

Olympia in NRW? Olympia in NRW!

Voll war die Landesvertretung NRW in Berlin am vergangenen Montag – unser NRW-Ministerpräsident Armin Laschet präsentierte dort gemeinsam mit 14 Oberbürgermeistern die Pläne für die Olympischen Spiele 2032. 60 Jahre nach den Spielen in München will die NRW-Landesregierung Olympia wieder nach Deutschland holen – und zwar ins Rheinland und ins Ruhrgebiet. Die Erfahrungen haben allerdings gezeigt, dass ein solches Megaprojekt unbedingt den Dialog mit und die Einbeziehung

der Bürger benötigt. Für „Rhein Ruhr City 2032“ fanden bereits 80 Dialogveranstaltungen statt, Anregungen und Kritik wurden aufgenommen. Ein Schwerpunkt der bereits bestehenden Planung betrifft die Nachhaltigkeit - 90 Prozent der Sportstätten steht bereits, in den Stadien und Arenen haben 640.000 Zuschauer Platz. In einem ersten Schritt muss sich im kommenden Jahr der DOSB festlegen, welche Stadt sich für Olympia 2032 bewerben soll. Die endgültige Entscheidung fällt 2025. Auch Köln wäre Teil von Olympia 2032 – lesen Sie [mehr Hintergründe hier](#).

Wie funktioniert Emissionshandel?

Klimaschutz ist für die Unionsfraktion eines der zentralen Zukunftsthemen. Um den Klimaschutz voranzubringen und den Ausstoß von Treibhausgasen zu begrenzen, setzen CDU und CSU auf den Emissionshandel. Er ist Teil des Klimaschutzprogramms 2030. Das Bundeskabinett hat jetzt den entsprechenden Gesetzentwurf dazu beschlossen. Mit diesem System bekommt jede Tonne CO2 einen Preis. Wie genau der Emissionshandel funktioniert, was er für die Bürger bedeutet und wie Verbraucher entlastet werden, erklärt unsere [CDU/CSU-Fraktion im Video](#).

Querblick

Der Ausbau des Godorfer Hafens ist beendet. Nun gilt es, unsere engagierten Bürgerinnen und Bürger auch in die weitere Nutzung des Hafengeländes einzubinden. Die Firma Theo Steil möchte auf das Hafengelände ziehen und dort Millionen investieren. Grundsätzlich wäre dies eine wichtige Investition in den Wahlkreis von Heribert Hirte. Doch aufgrund der Nähe zur Sürther Aue möchte der Politiker unbedingt alle Umweltbelange im Blick behalten. Deshalb hat sich Hirte durch eine Eingabe am Bürgerbeteiligungsverfahren eingebracht. Er möchte wissen, wie das Konzept zur Entsorgung von Lithium-Ionen-Akkumulatoren aussieht. Solche Akkus finden sich heute von Smartphones bis Elektroautos in allen möglichen Produkten. Heribert Hirte bietet zudem an, einen Runden Tisch für Anwohner, Bezirk und Firmenvertreter zu veranstalten. Denn nur ein möglichst transparentes Verfahren schafft nötiges Vertrauen in schwierige Vorhaben.



Die Termine

Mittwoch und Donnerstag,

30. bis 31. Oktober

[IPPFORB](#) Konferenz in Singapur

Dienstag, 5. November

Stephanuskreis mit der indischen Menschenrechtsanwältin Tehmina Arora

Dienstag, 8. November

Parteitag der CDU Mittelrhein, Köln-Porz

Dienstag, 12. November

Feierliches Gelübde auf dem Platz der Republik der Bundeswehr

Donnerstag, 14. November

Stephanuskreis mit der pakistanischen Menschenrechtsanwältin Aneeqa Anthony

Donnerstag, 14. November

Parlamentarischer Kaminabend der Initiative Minderheitsaktionäre Podiumsdiskussion „Was bringt die neue Aktionärsrechterichtlinie für deutsche Aktionäre?“

Rundblick

Deutlich und klar missbilligte der Rechtsausschuss des Deutschen Bundestag antisemitische Tweets seines Vorsitzenden AfD-Mannes Stephan Brandner. Heribert Hirte bekräftigte diese fraktionsübergreifende Entscheidung im [Handelsblatt](#): „Es liegt in der Verantwortung von Herrn Brandner, genau zu überlegen, ob er nach seinen antisemitischen Äußerungen den Ausschuss als Vorsitzender noch angemessen repräsentieren kann. Ich habe da meine Zweifel“. *Mehr Berichterstattung hierzu:* [F.A.Z.](#), [Presse Augsburg](#), [Süddeutsche Zeitung](#).

Die große Demonstration in Köln wurde auch medial begleitet. Heribert Hirte verurteilte in diesem Rahmen den Einmarsch der Türkei in Nord-Syrien. *Mehr hierzu lesen Sie in der* [tageszeitung](#), [Kölnische Rundschau](#) und [Report-k](#).

Die Jahrbücher zu Christenverfolgung und Religionsfreiheit wurden vorgestellt, auch Heribert Hirte beteiligte sich mit einem Geleitwort. Darin fordert der Vorsitzende des Stephanuskreises in der Unionsfraktion im Bundestag mehr Einsatz für Glaubensfreiheit. Religionsfreiheit müsse in der deutschen Außenpolitik stärker implementiert werden, schreibt er in einem Beitrag für die Jahrbücher. Lesen Sie den [gesamten Artikel auf katholisch.de](#).

Kontakt

Prof. Dr. Heribert Hirte, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 227 77830
Fax: 030 / 227 76830

Bürgerbüro:
Aachener Straße 227
50931 Köln
Tel.: 0221 / 589 86 762
Fax: 0221 / 589 86 765

E-Mail: heribert.hirte@bundestag.de

[Facebook.de/HHirte](https://www.facebook.com/HHirte) [@HHirte](https://www.instagram.com/HHirte) www.heribert-hirte.de

Sie wollen den Newsletter nicht mehr erhalten? Teilen Sie uns dies gerne mit und wir löschen Ihre Daten umgehend aus dem Verteiler. Selbstverständlich behandeln wir Ihre Daten stets vertraulich und geben sie nicht an Dritte weiter.